

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

## Inhalt

Helmut Rohde MdB, Bundesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, zieht eine Bilanz: 90 Jahre Tag der Arbeit.

Seite 1-3

Helmut G. Schmidt kommentiert das Ergebnis der Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

Seite 4

Liesel Hartenstein MdB würdigt das Umweltgutachten 1978.

Seite 5/6

Dokumentation  
Aufruf der Sozialdemokraten zur Europawahl

Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 97 86 11

34. Jahrgang / 82

30. April 1979

Zum 1. Mai 1979  
-----

Für eine Solidarität der Völker Europas heute wie vor 90 Jahren

Von Helmut Rohde MdB  
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Vor 90 Jahren wurde der 1. Mai als Tag der Arbeit vom Internationalen Arbeiterkongreß, dem Gründungskongreß der II. Internationale in Paris aus der Taufe gehoben.

Vor 60 Jahren gab sich die Weimarer Republik ihre Verfassung und vor 30 Jahren wurde die Bundesrepublik Deutschland gegründet.

Diese Jahreszahlen können als Gedenktage "feierlich begangen", sie können aber auch zum Anlaß werden, sich Geschichte wieder bewußter zu machen. Was eine nachwachsende Generation von uns erwartet, was wir uns selbst schuldig sind, ist mehr als bloße Feierlichkeit, ist die bohrende Frage, was im Blick auf unsere Vergangenheit zubedenken und nicht nur zu gedenken ist, was wir erfahren und daraus gelernt haben.

Gemeinsam ist den Jahreszahlen, daß sich in ihnen Hoffnung und Schicksal der demokratischen Bewegung in Deutschland ausdrücken. Demokratie ist hier nicht nur als formales Verfahren zur Mehrheitsbildung gemeint, vielmehr als ein Prozeß, in dem bürgerliche Freiheiten und soziale Gerechtigkeit zueinanderfinden, als ein die gesamte Gesellschaft durchdringendes Verhalten der Menschen und Institutionen, als Humanisierung der Politik. August Bebel, der große Baumeister der Sozialdemokratie, rief den Arbeitern seiner Zeit zu, ihre große Zahl politisch zur Geltung zu bringen. Mitbestimmen heißt das, in der Gesellschaft und im Staat, sich nicht abdrängen zu lassen. Nicht den Menschen zu verstaatlichen, sondern Staat und Gesellschaft zu vermenschlichen, indem die Maxime des politischen Handelns die Lebensbedürf-

nisse und Arbeitsbedingungen der breiten Schichten der Bevölkerung in sich aufnehmen, ihren sozialen und kulturellen Erwartungen gerecht werden.

Hans Böckler, der erste DGB-Vorsitzende nach dem 2. Weltkrieg, nahm diesen historischen Anspruch auf. Nicht nur Tarifmaschine zu sein, sondern überall da, wo gewirtschaftet und politisch entschieden wird, die Erfahrungen, Erwartungen und Interessen der Arbeitnehmerschaft einzubringen und wirksam werden zu lassen, darauf komme es an.

Auf dem Hintergrund dieser Geschichte war für die Arbeitnehmerschaft und ihre Repräsentanten in Gewerkschaften und Politik der Streit vor dem Bundesverfassungsgericht über die Mitbestimmung mehr als nur ein Paragraphenstreit. Hier ging es um ihre demokratische Chance in unserem Staat. Ob der Weg frei und offen bleibt, Mitbestimmung weiterzuentwickeln oder ob Türen zugeschlagen und Erwartungen abgeblockt werden, das berührt nicht nur ihr Interesse an der Selbstbehauptung im Arbeitsalltag. Das zielt auf den Kern ihres sozialen und politischen Selbstverständnisses und ihre Rolle in der Gesellschaft. Daß durch den Richterspruch Sozialstaatlichkeit gefestigt worden ist, die Wege zur Entwicklung der Wirtschafts- und Sozialordnung offengehalten und der demokratischen Gestaltung der Vorzug vor einer Festschreibung des Status quo gegeben wurde, das rechtfertigt jenes Wort von Heinz Oskar Vetter, es handele sich um ein Urteil von historischem Gewicht. Wir wollen die Mitbestimmung in ihren Formen und Inhalten weiterentwickeln. Sie bleibt nach unserem Verständnis und nach unseren Erfahrungen ein lebendiger Prozeß.

Mitbestimmen, das führt vor allem zu jener wesentlichen sozialen Frage der Arbeitnehmerschaft in unserer Zeit, wie sich technologischer und struktureller Wandel auf Beschäftigung, Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation auswirken. Wir erleben vielerorts Versuche, neue Technologien nicht als einen Prozeß zur Erleichterung menschlicher Arbeit, sondern mehr als Unterordnung menschlicher Arbeitsleistung und humaner Qualität unter die Bedingungen einer sich verselbständigenden Technostruktur zu verstehen. "Wir haben keine Angst vor der Technik, aber uns bedrückt die Art und Weise, wie sie vielerorts angewandt wird", so formulierte es ein Betriebsrat kürzlich auf einer Fachtagung.



Ein Gleichgewicht zwischen technologischem und sozialen Wandel zu erreichen, die Frage nach den sozialen und humanen Auswirkungen der Technik, wird mit Sicherheit in dem kommenden Jahrzehnt ein gesellschaftspolitischer Mittelpunkt sein. Er reicht von den Arbeitsverhältnissen, den Umweltbedingungen bis hin zur Energiepolitik. Die Arbeitnehmervertreter haben nie wirtschaftliches Wachstum verketzert, aber sie haben auch niemals die Bedingungen - sowohl in der Arbeit als auch in der Gesellschaft - außer Acht gelassen, unter denen sich dieses Wachstum vollzieht. Die Verkürzung des Wachstums auf einen ökonomischen Datenkranz, ein Außerachtlassen gesellschaftlicher Grundlagen und Wirkungen wirtschaftlichen Wachstums erweist sich als eine Haltung, die immer mehr in die kritische Zone der Politik gerät.

Die sozialen und wirtschaftlichen Fragen unserer Zeit reichen heute über die nationalen Grenzen hinaus. Das ist eine Erfahrung, die im Zusammenhang mit den europäischen Parlamentswahlen deutlich wird. Diese erste europäische Volkswahl hat ihre Vorgeschichte. Sie geht bis in das vorherige Jahrhundert zurück, als die aufkommende Arbeiterbewegung für die Solidarität der Völker Europas eintrat und von den herrschenden Kräften jener Zeit dafür mit dem Vorwurf der "vaterlandslosen Gesellen" belegt wurden. Was wäre diesem Kontinent erspart geblieben, wenn er nicht erst nach dem 2. Weltkrieg eine politische Chance zur Zusammenarbeit erhalten hätte. Heute stehen Sozialdemokraten und Gewerkschaften wieder an einem Datum europäischer Verfassungsgeschichte zusammen. In den Kandidaturen Heinz Oskar Vettters, Eugen Loderers und Karl Hauenschilds auf der Europaliste der SPD wird die Tradition des Arbeitnehmerlagers lebendig und sichtbar.

Nationalistische Borniertheit, Ausbeutung, Obrigkeitsstaat, mangelnde Liberalität und Intoleranz sowie verletzte Gerechtigkeit und Unterdrückung - dagegen ist die Arbeiterbewegung aufgestanden. Das ist lebendige Geschichte. Daraus leitet sie Orientierung, sozialen und demokratischen Anspruch ab. Das prägt den 1. Mai, als Arbeitnehmer mitzubestimmen im eigenen Land und in der Europäischen Gemeinschaft. Nicht abseits stehen und sich nicht abseits drängen zu lassen, im Staat Verantwortung auszuüben und in der Gesellschaft Bewegung und Veränderung im Sinne konkreter und realer Reformen zu ermöglichen, dafür arbeitet wir.

(-/30.4.1979/hi/ca)



### Verführt und mißbraucht

Nur mit Hilfe der Grünen konnte sich Stoltenberg halten

Von Helmut G. Schmidt

Willy Brandt hatte es prophezeit und 1.169 schleswig-holsteinische Wähler werden sich seit Sonntagabend daran erinnern: Wer grün wählt, wird sich schwarz ärgern.

Diese Grün-Wähler haben Stoltenberg das Weiterregieren ermöglicht. Eine Tatsache, die sich mit ihren Programmen sicherlich nur schwer in Einklang bringen läßt. Dem Katzenjammer der Grünwähler, die zum entscheidenden Teil sicherlich aus SPD- und aus FDP-Wählerpotential gekommen sind, muß sich nun auch noch die bittere Erkenntnis zugesellen, daß sie politisch verführt und von den Konservativen als Steigbügelhalter für Stoltenberg mißbraucht worden sind, ohne es rechtzeitig zu erkennen. Für die CDU war klar, daß nur sozialliberales Wählerpotential, das abgespalten und unter fünf Prozent neutralisiert werden kann, den zu erwartenden Stimmenrückgang bei der CDU auffangen kann.

Diese Rechnung ging auf. Unterstützt von der Allensbacher Meinungsforscherin Nölle-Neumann, die kurz vor der Wahl den Grünen vier Prozent prophezeite, und damit signalisieren wollte "Es lohnt sich grün zu wählen, sie können es schaffen" und unterstützt von einer konservativen Zeitungslandschaft, die den Grünen Publizität einräumte, die in keinem Verhältnis zu ihrer Bedeutung stand, konnte Stoltenberg fast zweieinhalb Prozent der potentiellen SPD/FDP-Wähler dazu verführen, ihre Stimmen in den Papierkorb zu werfen.

Morgen - ausgerechnet am 1. Mai, steht die nächste Wählerverführung ins Haus. Mit der Gründung seiner Bürgerpartei soll Fredersdorf, von Stauß unverhohlen unterstützt, das Parteiengefüge aufrollen. Die CDU, die sich in Schleswig-Holstein nur noch mit Hilfe der Grünen halten konnte, Strauß, der mit Fredersdorf als Marionette innerhalb der Union die Muskeln spielen läßt, jene engagierten Frauen, die das Heil der Frauen in einer eigenen Frauenpartei suchen; sie alle haben offenbar aus Weimar nichts gelernt.

In Schleswig-Holstein ist der Trick mit den Splitterparteien diesmal zugunsten der CDU ausgegangen. Mit weiteren Versuchen der Union, mangels politischer Alternativen mit solchen Tricks und mit Verführung labiler Wähler an die Macht zu kommen muß gerechnet werden.

Für die SPD ist das Ergebnis, das Klaus Matthiesen errungen hat, ihr bestes seit 30 Jahren und damit mehr als respektabel. Sie hat - wie auch schon in Rheinland-Pfalz - zugelegt, ist in allen größeren Städten stärkste Partei geworden und hat die jungen Wähler deutlich auf ihrer Seite. Auf diesem Ergebnis und gegen eine geschwächte CDU kann Matthiesen weiter aufbauen. Durch Zuverlässigkeit und praxisbezogene Oppositionspolitik kann er in den nächsten vier Jahren den Wechsel vorbereiten, der am Sonntagabend schon greifbar nahe war.

(-/30.4.1979/v0-he/ca)



Ein ausgezeichnetes Kompendium  
-----

## Umweltgutachten 78 weist Wege in die Zukunft

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB  
Mitglied der SPD-Arbeitsgruppe "Umweltfragen"

In der vergangenen Woche hat der Innenausschuß mit der Beratung des "Umweltgutachtens 1978" begonnen. Das Gutachten des Sachverständigenrates ist nicht nur eine umfassende Bestandsaufnahme aller umweltrelevanten Bereiche und Probleme - wie Wasserwirtschaft, Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft, Lärmbekämpfung, Fremdstoffe in Lebensmitteln, Landschaftspflege -, sondern es beschäftigt sich auch mit den Vollzugsproblemen im Umweltschutz, mit den volkswirtschaftlichen Aspekten sowie mit den Aspekten einer längerfristigen Umweltpolitik. Damit wird das 600 Seiten starke Werk ein ausgezeichnetes Kompendium für die Umweltpolitik, das Wege in die Zukunft weist.

Beim ersten Durchgang standen grundsätzliche Fragen zur Umweltpolitik im Vordergrund. Vom Vertreter des Bundesinnenministeriums wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Bundesregierung es als Hauptaufgabe betrachtet,

- Vollzugsdefizite im Umweltschutzbereich stärker zu kontrollieren und abzubauen,
- noch ausstehende Verordnungen zu bereits ergangenen Gesetzen baldmöglichst zu erlassen,
- eine ökologische Gesamtkonzeption zu erarbeiten und vorzulegen,
- ein Ressourcen-Programm langfristig ins Auge zu fassen, insbesondere im Zusammenhang mit den neuen technologischen Möglichkeiten des Recycling,
- und nicht zuletzt auch den (nur scheinbaren!) Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie aufzuarbeiten.

Bei den Fragen zur Wasserwirtschaft wurden nicht nur die Maßnahmen des im Jahre 1980 wirksam werdenden Abwasserabgabengesetzes erörtert, - an dem trotz der Widerstände aus manchen Ländern unbedingt festzuhalten ist -, sondern auch die Probleme des künftigen Wasserverbrauchs und der Wasserbevorratung. Langfristig müsse ein Wasserversorgungsprogramm erarbeitet werden, bei dem jedoch zu beachten ist, daß die Kompetenzen in den Händen der Länder liegen. Wie wichtig eine fortschreitende Abwasserreinigung und Verbesserung der Wassergüte ist, zeigt sich schon daran, daß heute noch über zehn Millionen Menschen ihr Trinkwasser aus dem Rhein beziehen.

Bei der Lärmbekämpfung weist der Sachverständigenrat darauf hin, daß eine "rationale Lärmschutzpolitik" sich an "Qualitätszielen" orientieren müssen, deren Festlegung eine politische Aufgabe sei. Dies insbesondere auch deshalb, weil die als notwendig erachteten Immissionsgrenzwerte beim Lärm sich wissenschaftlich nicht exakt bestimmen lassen. Andererseits ist es ein Faktum, daß 40 Prozent der Bevölkerung in der Bundesrepublik (20 bis 25 Millionen) sich durch Lärmeinwirkung zeitweise oder dauernd belästigt fühlen. Weiter sind die Sachverständigen der Auffassung, daß ein "optimal" strukturiertes Maß-



nahmenbündel erforderlich sei, wenn man der Lärmflut zu Leibe rücken wolle. Dabei muß klar unterschieden werden zwischen einem Programm zur Emissionsverminderung und einem Immissionsschutzprogramm.

Die bisherige Lärmschutzpolitik wird als zu stark "immissionsschutzbezogen" kritisiert, das heißt sie vernachlässigt bis heute die Emissionsseite fast vollständig. Mit anderen Worten: Wenn Lärmbekämpfung erfolgreich sein soll, muß die Lärmerzeugung an der Quelle, also am Fahrzeug, verringert werden. Das ist nach Darlegung der Sachverständigen nicht nur technisch möglich, sondern auch mit einem wirtschaftlich vertretbaren Aufwand zu erreichen. Besonders laute Schwerfahrzeuge wie Lastkraftwagen, Lastzüge oder Busse könnten zum Beispiel mit einem Mehrpreis von etwa fünf Prozent auf das Geräuschniveau des Pkw gebracht werden. Der Rat bedauert ausdrücklich, daß bei den wegen ihrer hohen Drehzahlen besonders störenden motorisierten Zweirädern seit 1973 nichts geschehen ist. Schon damals wurde gefordert, daß die bisherige Einstufung nach Hubraumgrößen verlassen werden müsse, um auch auf diesem Sektor einen wirksamen Beitrag zur Lärmverminderung zu leisten.

Bereits aus diesen Hinweisen wird ersichtlich, daß bei der Lärmbekämpfung nach Auffassung der Sachverständigen auf einer wesentlich breiteren Front angesetzt werden müßte, als es der gegenwärtig in der Beratung befindliche Gesetzentwurf zum Verkehrslärmschutz tut, der lediglich auf die Immissionsseite abgestellt ist.

Neue umweltgerechte Straßenplanung, Bündelung der Verkehrswege, Einführung eines ökologischen Bewertungssystems bei der Beurteilung von Trassenvarianten sind nur einige weitere Folgerungen, die sich im Verkehrsbereich aus dem Ansatzpunkt des Gutachtens im Bereich Lärmbekämpfung ergeben.

Der Ausschuß verständigte sich darauf, in den nächsten Sitzungen bis zur Sommerpause wichtige Kapitel wie Luftreinhaltung, Abfallwirtschaft, Umweltchemikalien und die äußerst aktuellen Probleme des Naturschutzes und Landschaftsverbrauchs gründlich zu beraten, um damit die Grundlage für eine umweltpolitische Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages zu schaffen, die für den Herbst dieses Jahres vorgesehen werden sollte.

(-/30.4.1979/va-he/ca)



Dokumentation

Aufruf zur Europawahl

-----  
"Frieden, Gerechtigkeit, Arbeitsplätze: Unser Wort gilt in Europa -  
Mit Willy Brandt und Helmut Schmidt - Deutsche Sozialdemokraten für Europa. SPD."

+

Am 10. Juni 1979 geht das demokratische Europa einen großen Schritt voran: Europas Bürger wählen zum ersten Mal direkt ihr Europäisches Parlament.

Die Bürger der Europäischen Gemeinschaft haben jetzt die dreifache Chance:

Erstens: Europa als starke Friedensmacht unter den Völkern zu verankern.

Diese Elemente sichern einen stabilen Frieden:

- Eine Politik der Rüstungsbegrenzung, die das Gleichgewicht wahrt und Zusammenarbeit fördert.
- Ein konsequentes Bemühen um Entspannung, damit die Erfolge unserer Vertragspolitik seit 1969 unwiderruflich gemacht werden.
- Eine Politik, die sich um einen gerechteren Ausgleich zwischen den heute reichen und den heute noch sehr armen Völkern bemüht.

Zweitens: Europa ausbauen als eine Gemeinschaft sozialer Demokratie, in der es Arbeit für alle unter menschenwürdigen Bedingungen gibt.

- Wir wollen die Gleichberechtigung der Frauen auch im Berufsleben durchsetzen
- Alle Jugendlichen, Mädchen ebenso wie Jungen, müssen die Möglichkeit zu einer guten Berufsausbildung erhalten.
- Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaften zur schrittweisen Arbeitszeitverkürzung.
- Im Europa der arbeitenden Menschen muß die Mitbestimmung durchgesetzt und das Arbeitsleben menschlicher gestaltet werden.



Drittens: Europa zu stärken als eine große Region, in der soziale Gerechtigkeit zunehmend verwirklicht wird.

- Schwerpunkt unserer Politik ist die soziale Sicherheit für jeden einzelnen im Fall von Krankheit, Invalidität und Alter. Dieses System muß zu einem Angebot für alle Bürger Europas werden. In der Gemeinschaft darf es keine Inseln der sozialen Schutzlosigkeit mehr geben.
- Wir werden uns für eine Reform der Agrarpolitik einsetzen, die mit dem volkswirtschaftlichen Unsinn der Überschußproduktion Schluß macht.

Die deutschen Interessen in Europa werden von Sozialdemokraten am besten vertreten. Erfahrung, Aufgeschlossenheit und fortschrittliches Engagement werden in Europa beispielhaft repräsentiert durch

- eine junge Mannschaft auf der Liste der SPD für Europa, die neuen Schwung in die Arbeit des Europäischen Parlaments bringen wird.
- Bessere Chancen für die Frauen in Europa: 20 Prozent der SPD-Kandidaten für Europa auf den aussichtsreichen Plätzen sind Frauen. Damit ist der Anteil der Frauen bei der SPD dreimal so hoch wie im Deutschen Bundestag.
- Heinz Oskar Vetter: Er steht dafür, daß auch in Europa die Interessen der Arbeitnehmer und ihrer Familien mit Nachdruck vertreten werden.
- Bundeskanzler Helmut Schmidt im Europäischen Rat: Er hat Respekt und Anerkennung für deutsche Stabilitätspolitik gefunden und kraftvoll die deutschen Interessen vertreten.
- Willy Brandt an der Spitze der sozialdemokratischen Europakandidaten: Er hat mit seiner Friedenspolitik Deutschland zu einem Garanten des europäischen Friedens gemacht.

Wir Sozialdemokraten rufen die Bürger auf, zur Wahl zu gehen. Jeder kann an diesem Europa mitbauen und es stark machen: Mit seiner Stimme am 10. Juni 1979.

(-/30.4.1979/hi/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

